

Obama in Kuba

SMARTE LANGFRISTDIPLOMATIE VERSUS ZYNISCHE GERONTO-DIKTATUR

Auf der Zielgeraden seiner Amtszeit traf Präsident Obama in Kuba auf die Vertreter einer Polit-Gerontokratie, die um das Überleben ihrer anachronistischen Karibik-Diktatur kämpft. Im Gegensatz zu so manch anderem Kuba-Reisenden hat Obama dabei allerdings Maßstäbe gesetzt. Das karibische Macondo ist angezählt. Hätte der US-Präsident sich selbst beim Wort genommen, wäre diese Reise, die erste eines US-Präsidenten seit 88 Jahren, nicht zustande gekommen. Er ist dennoch gefahren, und das war gut so.

Die Verkündung der Annäherung zwischen den USA und Kuba am 17. Dezember 2014 war ein diplomatischer Paukenschlag. Unerwartet nach über 60-jähriger Eiszeit und einem verschiedentlich selbst die Weltpolitik beeinflussenden Nicht-Verhältnis zwischen den beiden Staaten.

Unterschiedliche Motivationen der Annäherung

So überraschend die Annäherung auch kam, die zugrundeliegenden Motive beider Regierungen lagen offen zu Tage.

In Kuba funktionieren nur noch das Machtssystem des Castro-Regimes als solches, Geheimdienste und Repressionsapparat allen voran, und der Tourismus. Ansonsten dominiert der Kampf ums Überleben, des Einzelnen und des Systems, vor allem nachdem der langjährige Finanzier Venezuelas selbst zunehmend in ökonomische Schieflage geriet und sich auch die politischen Vorzeichen in Venezuela selbst zu verändern begannen. Kuba braucht wirtschaftliche Perspektiven, und sei es zunächst nur in Form von Tourismusdollars

oder der Erlaubnis der „remesas“, d.h. der von Exil-Kubanern an ihre Familien in Kuba getätigten Geldtransfers.

US-Präsident Obama schließlich sah sich, wie viele seiner Vorgänger, mit einem zunehmend selbstbewusster agierenden Lateinamerika konfrontiert, in dem, unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen nationalen Regierungen, das Nicht-Verhältnis der USA-Kuba und die als Isolierung Kubas empfundene Behandlung die Akzeptanz und den politischen Bewegungsspielraum der US-Regierung einschränkte. Auch wenn Lateinamerika trotz aller Probleme im Vergleich zu anderen Regionen der Welt aktuell nicht als Krisen- oder Bedrohungsregion einzuschätzen ist, und die Periode anti-US-amerikanischer Linksregierungen auszulaufen scheint, sah Obama klar die Verknüpfung zwischen der Kuba-Frage und der Rolle der USA in Lateinamerika.

Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren auch die innenpolitische Bedeutung der Kuba-Frage in den USA selbst spürbar verändert hat und auch in relevanten swing-states nicht mehr die wahlentscheidende Bedeutung wie noch vor Jahren hat. Der Generationenwechsel in der exilkubanischen Bevölkerung zeigt hier seine Wirkung. Ablesbar ist dies auch an der erstaunlich geringen Rolle, die die Kuba-Frage im US-amerikanischen Wahlkampf spielt.

Demokratie und Menschenrechte nicht auf der Agenda – Repression funktioniert

Die erste Phase dieses Annäherungsprozesses verlief durchaus erfolgreich und gipfelte in der Wiederaufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

PROF. DR. STEFAN JOST

April 2016

www.kas.de/mexiko

Kuba. Der wichtigste Kritikpunkt vieler Beobachter bestand jedoch darin, dass offensichtlich die Frage nach Demokratie und der Achtung der Menschenrechte nicht nur seitens des kubanischen Regimes keine Rolle spielte, sondern offenbar auch für die USA nicht einmal mehr ein diskursives Hindernis für diesen Annäherungsprozess darstellte.

Die kubanische Strategie war völlig klar. Das Vorbild eines „chinesischen Modells“ lag auf der Hand: Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Kommunistischen Partei und ihres Herrschaftsapparates um jeden Preis bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Öffnung vor allem für US-amerikanische Devisen und Investoren, um so das Überleben des Castro-Regimes zu sichern.

Obama äußerte in einem Interview vor einigen Monaten: „Wenn ich zuversichtlich sagen kann, dass wir Fortschritte bei der Freiheit und den Möglichkeiten einfacher Kubaner sehen, dann würde ich einen Besuch gerne nutzen, um diese Fortschritte hervorzuheben“.

Wenn Obama sich selbst beim Wort genommen hätte, hätte er zu Hause bleiben müssen.

Der Repressionsapparat der Castro-Diktatur funktioniert nach wie vor uneingeschränkt. Die Reisefreiheit gilt bei weitem nicht für alle, und schon gar nicht für alle Dissidenten. Nach wie vor gibt es politische Häftlinge in kubanischen Gefängnissen. Der Zynismus, mit dem Raúl Castro eine entsprechende Frage eines US-amerikanischen Journalisten beantwortete, spricht Bände.

Nach Angaben von Oppositionsgruppierungen sowie der kubanischen Menschenrechtskommission hat die Repression seit Dezember 2014 sogar noch zugenommen. Die Menschenrechtskommission spricht von 2600 Verhaftungen in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016. Laut der „damas en blanco“ wurden seit dem 8. März mehr als 300 Dissidenten kurzzeitig verhaftet. Das Informationszentrum „Hablemos“ spricht für 2015 von 8074 politisch motivierten Festnahmen.

Auch während des Besuchs von Obama wurden dutzendfach Bürgerrechtler verhaftet, bereits vorher kam es zu Warnungen der Sicherheitsbehörden an Dissidenten, sie sollten ihre Wohnungen nicht verlassen.

Annäherung, Koexistenz und Distanz

Der Besuch Obamas ist gekennzeichnet durch eine interessante Mischung von Annäherung, Koexistenz und Distanz. Nahm sich Raúl Castro am Vortag noch Zeit, den venezolanischen Staatspräsidenten Maduro am Flughafen zu begrüßen, so schickte er für Obama nur seinen Außenminister zum Flughafen. Dass Castro einen Tag später öffentlich verkündete, man habe keine Zeit gehabt, mit Obama über die Destabilisierung Venezuelas zu sprechen, dürfte Maduro als vergiftete Solidaritätsbekundung empfunden haben. Die USA können mit solchen Verlautbarungen gut leben.

Der erste gemeinsame Auftritt Castros und Obamas in der Pressekonferenz schien zunächst die Befürchtung zu bestätigen, dass die USA in Fragen von Demokratie und Menschenrechten weiterhin ihren seit Dezember 2014 gehaltenen diplomatischen Kuschelkurs verfolgen würden. Castro ging in die Offensive und glorifizierte die Errungenschaften der Revolution. Dass selbst in vor langer Zeit positiv konnotierten Bereichen wie der Gesundheitsversorgung inzwischen fast nur noch der Export von kubanischen Ärzten in andere Länder zwecks Devisenerwirtschaftung funktioniert, ist nur ein Beispiel für die zahlreichen anderen Aspekte einer sich in der Sackgasse befindenden „Revolution“.

Castro ging die USA hart an, sowohl was die Verantwortung für die komplizierten Beziehungen in der Vergangenheit wie für innenpolitische Themen in den USA betraf. Obama blieb diplomatisch reserviert und zog sich auf viele Allgemeinplätze zurück. Für Castro wurde die Pressekonferenz zu einem ungewollten Lehrstück in Demokratie, mit dem er derart überfordert war, dass er sich selbst bei von Kubanern auf Spanisch gestellten Fragen die Übersetzungskopfhörer aufsetzte und meinte, er habe die Frage nicht verstanden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

PROF. DR. STEFAN JOST

April 2016

www.kas.de/mexiko

Tags darauf wurde Obama jedoch deutlich. Und es gelang ihm die Gratwanderung. Ausgehend von einem klaren, bereits am Vortag abgelegten Bekenntnis zur kubanischen Souveränität und der Aussage, dass die Kubaner ihre Zukunft selbst bestimmen müssen und die USA Kuba nicht mehr als Bedrohung ansehen, sprach er die Themen an, die viele von ihm erwarteten: Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Recht auf Widerspruch.

Obama hat mit dieser Rede und seinem Treffen mit Vertretern der kubanischen Opposition das Vakuum ausgefüllt, das eine Reihe anderer internationaler politischer Besucher, der Papst und deutsche Regierungsmitglieder eingeschlossen, nicht angehen wollten. Allein dies hat den Besuch gerechtfertigt und Maßstäbe gesetzt.

Ein für Kuba zentrales Thema ist das bestehende Embargo, das traditionell als Begründung für alles herhalten muss, was in Kuba nicht funktioniert. Obama will das Embargo beenden. Dafür braucht er aber eine Kongressmehrheit, die er vor den Wahlen im November kaum erhalten wird, so dass dieses Thema erst ab 2017 wieder auf die US-amerikanische Agenda kommen dürfte.

Bruder Fidel tritt nach

Kaum war Obama abgereist, griff Fidel Castro zur Feder und veröffentlichte in „Granma“ seinen Kommentar zu diesem Besuch. Kuba habe keine Geschenke des Imperiums nötig und könne selbst seine materiellen Bedürfnisse befriedigen.

Nun sind Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Handelt es sich bei diesem öffentlichen Nachkarten um eine abgesprochene brüderliche Aufgabenteilung in „good and bad cop“?

Vertritt da einer, der nicht mehr direkt an der Macht beteiligt ist, noch immer die reine Lehre und verbringt seinen Ruhestand in der Vervollkommenheit seiner Revolutionsrhetorik, deren Veröffentlichung „Granma“ ihm nicht verwehren kann? Oder bestehen innerhalb der kubanischen Führung Divergenzen über diesen Annäherungsprozess

und soll gegenüber den USA über die Rede von Raúl Castro hinaus signalisiert werden, dass noch nicht alles in trockenen Tüchern ist und Kuba sich sehr wohl anders orientieren könne?

Der im April stattfindende Parteitag der Kommunistischen Partei könnte hierüber wohl Aufschluss geben.

Der „point of no return“

Die Eiszeit zwischen den USA und Kuba ist vorbei, aber auch Tauwetter kann immer wieder durch Frostphasen unterbrochen werden. Dennoch scheint der „point of no return“ erreicht. Die USA können sich ein Zurück politisch, Kuba wirtschaftlich aber auch politisch nicht leisten, da Kuba in einem solchen Fall wohl kaum mehr auf die ungeteilte Solidarität in einem sich ändernden Lateinamerika rechnen könnte.

Die wirtschaftlichen Beziehungen dürften sich langsam verbessern; das Thema Embargo bleibt auf der Tagesordnung.

Der politische Symbolgehalt Kubas in der internationalen Politik dürfte trotz großer Erwartungen kaum in einem realistischen Verhältnis stehen zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der 11 Millionen Einwohner zählende kleine Inselstaat bietet. Hier könnte in manchen Bereichen ein bitteres Erwachen so mancher Investorenhoffnung folgen.

„Stunde Null“ oder Transition?

Das Castro-Regime versucht in Partei, Staat und Wirtschaft Strukturen zu schaffen, mit denen das Regime auch in der bevorstehenden Post-Castro-Periode überleben können soll. Es ist durchaus denkbar, dass dies nach dem Rücktritt Raul Castros oder dem Ableben der Castro-Brüder sogar eine Zeitlang gelingt.

Dennoch: Diese Revolution, von Beginn an mit verschiedenen Zutaten symbolisch überhöht, wird von den von ihr selbst geschaffenen Realitäten, Mängeln und Missständen eingeholt. Andere Realitäten greifen Platz. Die Geschichte, um ein berühmtes

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

PROF. DR. STEFAN JOST

April 2016

www.kas.de/mexiko

Zitat von Fidel Castro abzuwandeln, hat ihr Urteil über dieses Regime bereits gesprochen.¹

Das Castro Regime kann die interne Repression nicht mehr länger glaubhaft mit der US-amerikanischen Aggression begründen. Die Rolling Stones mit ihrem Konzert vor rund 400 000 Zuhörern werden mehr Energie und Wünsche freisetzen als „Granma“ ideologisch einfangen kann, sofern sie gelesen wird.

Angesichts geschickter Absicherungsmaßnahmen des Regimes erscheint aktuell eine „Stunde Null“ wie bei der Implosion der DDR oder osteuropäischer Staaten eher unwahrscheinlich. Aber auch die ausgefeilteste Triumph- und Revolutionsrhetorik wird nichts daran ändern, dass sich Kuba von innen heraus wandeln wird. Das Regime im karibischen Macondo² ist angezählt.

Wie eine Transition aussehen könnte, ist aktuell reine Spekulation, zu viele Unbekannte sind mit im Spiel. Aber Akteure für diese Zeit formieren sich bereits.

Was bleibt?

Vom Besuch des Präsidenten Coolidge im Jahre 1928 ist nur in Erinnerung geblieben, dass er mit einem Kriegsschiff anreiste und einen angebotenen Daiquiri nicht trinken wollte. Obama wird andere Spuren hinterlassen.

Auch wenn sich Obama in seiner achtjährigen Amtszeit nicht allzu intensiv um Lateinamerika gekümmert hat, eines seiner historischen Legate könnte darin bestehen, seinen Nachfolgern in diesem Kontinent signi-

fikant mehr politischen Spielraum geschaffen zu haben.

Dies kann im Kontext der internationalen Herausforderungen und Bedrohungen große Bedeutung weit über die Beziehung USA-Kuba-Lateinamerika hinaus gewinnen.

¹ Fidel Castros oft zitierte Aussage „Verurteilt mich; das hat nichts zu bedeuten; die Geschichte wird mich freisprechen.“ stammt aus dem Schlusswort des Moncada-Prozesses im Oktober 1953.

² Der imaginäre Ort Macondo ist Schauplatz des weltberühmten Romans „Hundert Jahre Einsamkeit“ von [Gabriel García Márquez](#).